

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1988

Ausgegeben am 11. Oktober 1988

208. Stück

556. Kundmachung: Verlängerung der Wirksamkeit der Erklärungen der Österreichischen Bundesregierung gemäß Art. 25 und Art. 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
557. Kundmachung: Verlängerung der Wirksamkeit der Erklärung der Österreichischen Bundesregierung gemäß Art. 6 Abs. 2 des Protokolls Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll enthalten sind
558. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen
559. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes (NR: XVII RV 234 AB 288 S. 30. BR: AB 3325 S. 491.)

556. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 4. Oktober 1988 betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit der Erklärungen der Österreichischen Bundesregierung gemäß Art. 25 und Art. 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

(Übersetzung)

DECLARATION

DU GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE CONFORMÉMENT À L'ARTICLE 25 DE LA CONVENTION DE SAUVEGARDE DES DROITS DE L'HOMME ET DES LIBERTÉS FONDAMENTALES, OUVERTE À LA SIGNATURE LE 4 NOVEMBRE 1950

Au nom du Gouvernement Fédéral de la République d'Autriche, je déclare que ce Gouvernement renouvelle sa déclaration faite le 25 juillet 1985 conformément à l'article 25 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, ouverte à la signature le 4 novembre 1950, pour une nouvelle période de trois ans à partir du 3 septembre 1988.

Vienne, le 25 août 1988

A. Mock

DECLARATION

DU GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE CONFORMÉMENT À L'ARTICLE 46 DE LA CONVENTION DE SAUVEGARDE DES DROITS DE L'HOMME ET DES LIBERTÉS FONDAMENTALES, OUVERTE À LA SIGNATURE LE 4 NOVEMBRE 1950

Au nom du Gouvernement Fédéral de la République d'Autriche, je déclare que ce Gouvernement

ERKLÄRUNG

DER BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH GEMÄSS ART. 25 DER AM 4. NOVEMBER 1950 ZUR UNTERZEICHNUNG AUFGELEGTEN KONVENTION ZUM SCHUTZE DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN *)

Ich erkläre im Namen der Bundesregierung der Republik Österreich, daß diese ihre am 25. Juli 1985 gemäß Art. 25 der am 4. November 1950 zur Unterzeichnung aufgelegten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten abgegebene Erklärung **) für einen weiteren Zeitraum von drei Jahren, vom 3. September 1988 an gerechnet, erneuert.

Wien, am 25. August 1988

A. Mock

(Übersetzung)

ERKLÄRUNG

DER BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH GEMÄSS ART. 46 DER AM 4. NOVEMBER 1950 ZUR UNTERZEICHNUNG AUFGELEGTEN KONVENTION ZUM SCHUTZE DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

Ich erkläre im Namen der Bundesregierung der Republik Österreich, daß diese ihre am 25. Juli

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 210/1958

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 384/1985

renouvelle sa déclaration faite le 25 juillet 1985 conformément à l'article 46 de la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, ouverte à la signature le 4 novembre 1950, pour une nouvelle période de trois ans à partir du 3 septembre 1988.

Vienne, le 25 août 1988

A. Mock

1985 gemäß Art. 46 der am 4. November 1950 zur Unterzeichnung aufgelegten Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten abgegebene Erklärung **) für einen weiteren Zeitraum von drei Jahren, vom 3. September 1988 an gerechnet, erneuert.

Wien, am 25. August 1988

A. Mock

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 384/1985

Die Erklärungen wurden am 8. September 1988 dem Generalsekretär des Europarats übermittelt.

Vranitzky

557. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 4. Oktober 1988 betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit der Erklärung der Österreichischen Bundesregierung gemäß Art. 6 Abs. 2 des Protokolls Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das gewisse Rechte und Freiheiten gewährleistet werden, die nicht bereits in der Konvention oder im ersten Zusatzprotokoll enthalten sind

(Übersetzung)

DECLARATION

DU GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE CONFORMÉMENT À L'ARTICLE 6, PARAGRAPHE 2, DU PROTOCOLE N° 4 À LA CONVENTION DE SAUVEGARDE DES DROITS DE L'HOMME ET DES LIBERTÉS FONDAMENTALES, OUVERT À LA SIGNATURE LE 16 SEPTEMBRE 1963

Au nom du Gouvernement Fédéral de la République d'Autriche, je déclare que ce Gouvernement renouvelle sa déclaration faite le 25 juillet 1985 conformément à l'article 6 paragraphe 2 du Protocole N° 4 à la Convention de sauvegarde des Droits de l'Homme et des Libertés fondamentales, ouvert à la signature le 16 septembre 1963, pour une nouvelle période de trois ans à partir du 3 septembre 1988.

Vienne, le 25 août 1988

A. Mock

ERKLÄRUNG

DER BUNDESREGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH GEMÄSS ART. 6 ABS. 2 DES AM 16. SEPTEMBER 1963 ZUR UNTERZEICHNUNG AUFGELEGTEN PROTOKOLLS NR. 4 *) ZUR KONVENTION ZUM SCHUTZE DER MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

Ich erkläre im Namen der Bundesregierung der Republik Österreich, daß diese ihre am 25. Juli 1985 gemäß Art. 6 Abs. 2 des am 16. September 1963 zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten abgegebene Erklärung **) für einen weiteren Zeitraum von drei Jahren, vom 3. September 1988 an gerechnet, erneuert.

Wien, am 25. August 1988

A. Mock

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 434/1969

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 385/1985

Die Erklärung wurde am 8. September 1988 dem Generalsekretär des Europarats übermittelt.

Vranitzky

558. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 4. Oktober 1988 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarates haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. Nr. 524/1986, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 114/1987) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Griechenland	17. Dezember 1987
Luxemburg	9. Oktober 1987
Niederlande (für das Königreich in Europa)	30. September 1987
Schweiz	15. Jänner 1988
Türkei	3. September 1987

Dänemark hat mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1988 den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf die Färöer-Inseln ausgedehnt und erklärt, daß von diesem Zeitpunkt an das Übereinkommen im gesamten Königreich mit Ausnahme von Grönland anwendbar ist.

Das Vereinigte Königreich hat mit Wirksamkeit vom 1. Feber 1988 den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf Hongkong ausgedehnt und zu Art. 3 Abs. 4 des Übereinkommens erklärt, daß für Zwecke dieses Übereinkommens unter dem Begriff „Staatsangehöriger“ in bezug auf Hongkong eine Person, die britischer Staatsbürger, Staatsbürger eines britischen abhängigen Gebietes kraft einer Beziehung zu Hongkong, britischer Staatsangehöriger eines Überseegebietes oder jedwede andere Person zu verstehen ist, deren Überstellung der Regierung von Hongkong unter Berücksichtigung allfälliger enger Beziehungen, die diese Person zu Hongkong hat, zweckmäßig erscheint.

Nachstehende Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde Erklärungen abgegeben:

Griechenland:

Zu Art. 3 Abs. 3:

Griechenland erklärt, daß es die Anwendung des in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehenen Verfahrens ausschließt.

Sofern eine verurteilte Person gemäß dem in Art. 9 Abs. 1 lit. a vorgesehenen Verfahren nicht nach Griechenland überstellt werden kann, ist das griechische Justizministerium zur ausnahmsweisen Entscheidung darüber berechtigt, ob das in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehene Verfahren angewendet wird.

Zu Art. 3 Abs. 4:

Griechenland erklärt, daß die Staatsangehörigkeit durch die Vorschriften des griechischen Staatsbürgerschaftsgesetzes bestimmt wird.

Zu Art. 5 Abs. 3:

Griechenland erklärt, daß es auch den diplomatischen Weg benutzen wird.

Zu Art. 9 Abs. 4:

Griechenland erklärt, daß es das in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehene Verfahren anwenden wird.

Zu Art. 16 Abs. 7:

Griechenland erklärt, daß es verlangt, daß ihm jede Durchbeförderung durch sein Hoheitsgebiet notifiziert wird.

Zu Art. 17 Abs. 3:

Griechenland erklärt, daß Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die griechische Sprache versehen sein müssen.

Luxemburg:

Zu Art. 3 Abs. 3:

Luxemburg erklärt, daß es als Vollstreckungsstaat beabsichtigt, die Anwendung des in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehenen Verfahrens im Verhältnis zu den übrigen Vertragsstaaten auszuschließen.

Zu Art. 17 Abs. 3:

Luxemburg erklärt in Übereinstimmung mit Art. 17 Abs. 3, daß Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die französische oder deutsche Sprache versehen sein müssen.

Niederlande:

Zu Art. 3 Abs. 4:

Hinsichtlich der Niederlande sind unter dem Begriff „Staatsangehörige“ sowohl all jene Personen zu verstehen, auf welche die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. September 1976, das die Stellung der Molukken regelt (Bulletins der Gesetze, Verordnungen und Erlässe 468) anzuwenden sind, als auch Fremde oder Staatenlose, deren einziger ordentlicher Wohnsitz sich im Königreich der Niederlande befindet und die, gemäß einer diesbezüglichen, von der niederländischen Regierung an die Regierung des Urteilsstaates gerichteten Erklärung, im Sinne des vorliegenden Übereinkommens ihr Wohnrecht in den Niederlanden auf Grund des Strafvollzuges oder anderer Maßnahmen nicht verlieren.

Zu Art 17 Abs. 3:

Die dem Königreich der Niederlande unterbreiteten Unterlagen sind in holländischer, französi-

scher, englischer oder deutscher Sprache zu erstellen, oder mit einer Übersetzung in eine der vier oben erwähnten Sprachen zu versehen.

Schweiz:

Zu Art. 3 Abs. 3:

Die Schweiz schließt, sofern sie Vollstreckungsstaat ist, die Anwendung des in Art. 9 Abs. 1 lit. b vorgesehenen Verfahrens aus.

Zu Art. 5 Abs. 3:

Die Schweiz erklärt, daß das Bundesamt für Polizeiwesen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements die im Sinne von Art. 5 Abs. 3 zuständige Übermittlungs- und Empfangsbehörde ist für:

- Mitteilungen gemäß Art. 4 Abs. 2 bis 4;
- Überstellungsersuchen und Antworten gemäß Art. 2 Abs. 3 und Art. 5 Abs. 4;
- Unterlagen gemäß Art. 6;
- Mitteilungen gemäß Art. 14 und 15;
- Durchlieferungsersuchen und Antworten gemäß Art. 16.

Zu Art. 6 Abs. 2 lit. a:

Die Schweiz legt Art. 6 Abs. 2 lit. a dahingehend aus, daß der beglaubigten Abschrift des Urteils eine Vollstreckbarkeitsbestätigung beigefügt werden muß.

Zu Art. 7 Abs. 1:

Die Schweiz betrachtet die Einwilligung zur Überstellung von dem Zeitpunkt an als unwiderrufbar, an dem die Überstellung, gestützt auf die Vereinbarung der betroffenen Staaten, vom Bundesamt für Polizeiwesen beschlossen worden ist.

Zu Art. 17 Abs. 3:

Die Schweiz verlangt, daß an sie gerichtete Überstellungsersuchen und Unterlagen, soweit sie nicht in deutscher, französischer oder italienischer Sprache abgefaßt sind, mit einer Übersetzung in eine dieser Sprachen vorgelegt werden.

Spanien:

Spanien hat als Behörde im Sinne von Art. 5 bestimmt:

Secretario General Técnico
Ministerio de Justicia
San Bernardo, 47
E-28015 MADRID

Türkei:

Gemäß Art. 5 Abs. 3 haben Übermittlungen, die sich auf die Anwendung dieses Übereinkommens beziehen, im diplomatischen Weg zu erfolgen.

Gemäß Art. 17 Abs. 3 sind Ersuchen um Überstellung und die Unterlagen mit einer Übersetzung in die türkische Sprache zu versehen.

Die Kosten der Überstellung werden, wie in Art. 17 Abs. 5 vorgesehen ist, vom Vollstreckungsstaat oder in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen türkischen Gesetzesvorschriften vom Urteilsstaat getragen, sofern ein Einvernehmen zwischen den beiden Vertragsstaaten hergestellt werden kann.

Vranitzky

559.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN SOZIALISTISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PFLANZENSCHUTZES

Die Republik Österreich und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik,

im folgenden als Vertragsparteien bezeichnet

vom Wunsche geleitet, auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und

DOHODA

MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOSLOVENSKOU SOCIALISTICKOU REPUBLIKOU O SPOLUPRÁCI NA ÚSEKU OCHRANY ROSTLIN

Rakouská republika a Československá socialistická republika,

dále jen smluvní strany,

vedeny přáním dále rozvíjet vzájemné přátelské vztahy na základě Závěrečného aktu Konference o

Zusammenarbeit in Europa die gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und die gegenseitige Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes zur Verhütung der Gefahr, die den Volkswirtschaften beider Vertragsparteien durch die Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten an Pflanzen sowie von Unkräutern droht, zu gewährleisten und zu vertiefen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten:

- a) „Pflanzen“ und „Waren pflanzlicher Herkunft“ alle lebenden Pflanzen sowie Teile derselben und Pflanzenerzeugnisse;
- b) „Schadfaktoren“ Schädlinge und Krankheiten an Pflanzen sowie Unkräuter;
- c) „besonders gefährliche Schadfaktoren“ Schadfaktoren, die im Falle eines Massenauftretens nachteilige Auswirkungen an den Kulturen auf dem Gebiet der beiden Vertragsparteien haben können;
- d) „Grenzgebiet“ das Gebiet, welches sich auf eine Entfernung von 10 km Luftlinie zu beiden Seiten der gemeinsamen Staatsgrenze erstreckt;
- e) „Kalamitätsvorkommen“ ein plötzliches Massenaufreten von Schadfaktoren, welches große materielle oder ökologische Schäden verursachen kann.

Artikel 2

(1) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien werden innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine Liste der besonders gefährlichen Schadfaktoren vereinbaren. Abänderungen und Ergänzungen dieser Liste können im Bedarfsfall von den zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien vereinbart werden. Die dazu erforderlichen Beratungen finden abwechselnd in einem der Staaten der Vertragsparteien statt.

(2) Im Interesse des Schutzes ihrer Staatsgebiete vor Schadfaktoren unterstützen einander die Vertragsparteien bei der Bekämpfung der besonders gefährlichen Schadfaktoren und arbeiten zum Schutz vor Einschleppung von Schadfaktoren in ihre Gebiete und Ausbreitung von Schadfaktoren auf ihren Gebieten zusammen.

Artikel 3

(1) Die zuständigen Organe der Vertragsparteien halten bei der Aus- und Durchfuhr von Pflanzen in oder durch das Staatsgebiet der anderen Vertragspartei deren hiefür geltende Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes ein. Zu diesem Zweck übermitteln die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einander diese Vorschriften unverzüglich nach deren Inkrafttreten.

bezpečnosti a spolupráci v Evropě, zajišťovat a prohlubovat vzájemnou spolupráci na úseku ochrany rostlin k odstranění nebezpečí, které hrozí národnímu hospodářství obou smluvních stran rozšiřováním škůdců a chorob rostlin,

jakož i plevelů, se dohodly:

Článek 1

V této dohodě se rozumí

- a) „rostlinami“ a „zbožím rostlinného původu“ — všechny živé rostliny, jakož i jejich části a výrobky rostlinného původu,
- b) „škodlivými činiteli“ — škůdci a choroby rostlin, jakož i plevele,
- c) „zvláště škodlivými činiteli“ — škodliví činitelé, kteří v případě hromadného výskytu mohou mít nepříznivé důsledky na porostech na území obou smluvních stran,
- d) „hraničním územím“ — území do vzdálenosti 10 km vzdušnou čarou na obě strany od společných státních hranic,
- e) „kalamitou“ — náhlý nepředvídaný a hromadný výskyt škodlivých činitelů, který může způsobit velké materiální nebo ekologické škody.

Článek 2

(1) Příslušné orgány obou smluvních stran dohodnou do jednoho roku od vstupu této dohody v platnost seznam zvláště škodlivých činitelů. Změny a doplňky tohoto seznamu mohou být v případě potřeby dohodnuty příslušnými orgány obou smluvních stran. Potřebné porady k tomu se budou konat střídavě v jednom ze států smluvních stran.

(2) V zájmu ochrany svých státních území před škodlivými činiteli se budou smluvní strany vzájemně podporovat v boji proti zvláště škodlivým činitelům a budou spolupracovat při ochraně před zavlečením a rozšiřováním škodlivých činitelů na svá území.

Článek 3

(1) Příslušné orgány smluvních stran budou při vývozu a průvozu rostlin na nebo přes státní území druhé smluvní strany dodržovat její platné právní předpisy toho se týkající z úseku ochrany rostlin. Za tím účelem si příslušné orgány smluvních stran budou zasílat tyto předpisy neprodleně po jejich vstupu v platnost.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien informieren einander über die einzelnen zur Ein- und Durchfuhr von Waren pflanzlicher Herkunft in ihrem Staatsgebiet vorgesehenen Grenzübergänge.

Artikel 4

(1) Sendungen von Waren pflanzlicher Herkunft werden bei der Ausfuhr und Durchfuhr von einer von der zuständigen Pflanzenschutzorganisation ausgestellten phytosanitären Bescheinigung entsprechend der Anlage der Internationalen Pflanzenschutzkonvention begleitet, wenn die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in oder durch deren Gebiet die Ein- oder Durchfuhr erfolgt, eine solche Bescheinigung für Waren pflanzlicher Herkunft erfordern.

(2) Die zuständigen Organe der Vertragsparteien werden sich darum bemühen, bei der Aus- und Durchfuhr von Waren pflanzlicher Herkunft durch Verwendung geeigneten Verpackungsmaterials, durch geeignete Transportmittel und durch sorgfältige Manipulation der Sendungen die Einschleppung von Schadfaktoren in das Staatsgebiet der anderen Vertragspartei, die gemäß den geltenden Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in oder auf diesen Sendungen nicht vorhanden sein dürfen, zu verhindern.

Artikel 5

Verweigert die zuständige Pflanzenschutzorganisation die Ein- oder Durchfuhr von Waren pflanzlicher Herkunft der anderen Vertragspartei in oder durch ihr Staatsgebiet oder verhängt sie Quarantänemaßnahmen, so hat sie die zuständige Pflanzenschutzorganisation der anderen Vertragspartei unter Angabe der Gründe unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 6

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien werden einander

- a) jährlich spätestens bis 31. März des folgenden Jahres einen Bericht über das Auftreten und die Verbreitung der in der Liste gemäß Art. 2 Abs. 1 genannten besonders gefährlichen Schadfaktoren auf ihrem Staatsgebiet unter Angabe der befallenen Gebiete sowie der getroffenen Bekämpfungsmaßnahmen übermitteln und
- b) über jedes Auftreten der in der Liste gemäß Art. 2 Abs. 1 genannten besonders gefährlichen Schadfaktoren, denen besondere Schadensbedeutung zukommt, und über Massenauf-treten weiterer Schadfaktoren eine sofortige Mitteilung machen, sofern die Schadfaktoren im Grenzgebiet auftreten.

(2) Příslušné orgány smluvních stran se budou vzájemně informovat o jednotlivých hraničních přechodech na svém státním území, určených pro dovoz a průvoz zboží rostlinného původu.

Článek 4

(1) Zásilký zboží rostlinného původu budou provázány při vývozu a průvozu rostlinolékařským osvědčením podle přílohy Mezinárodní úmluvy o ochraně rostlin vystaveným příslušnou organizací ochrany rostlin, pokud právní předpisy smluvní strany, na nebo přes jejíž území se uskutečňuje dovoz nebo průvoz, takovéto osvědčení pro zboží rostlinného původu vyžadují.

(2) Příslušné orgány smluvních stran budou usilovat o to, aby se při vývozu a průvozu zboží rostlinného původu použitím vhodného obalového materiálu a vhodných dopravních prostředků, jakož i pečlivou manipulací se zásilkami, zamezilo zavlečení škodlivých činitelů na území druhé smluvní strany, a to těch, kteří se podle platných právních předpisů druhé smluvní strany nesmí na těchto zásilkách nebo v nich vyskytovat.

Článek 5

Zamítne-li příslušná organizace ochrany rostlin dovoz nebo průvoz zboží rostlinného původu, pocházejícího ze státního území druhé smluvní strany, na nebo přes své státní území, nebo nařídí-li karanténní opatření, vyrozumí o tom neprodleně příslušnou organizací ochrany rostlin druhé smluvní strany s uvedením důvodů.

Článek 6

(1) Příslušné orgány smluvních stran si budou

- a) předávat každoročně, nejpozději do 31. března následujícího roku, zprávu o výskytu a rozšíření zvlášť škodlivých činitelů na území svého státu, uvedených v seznamu podle článku 2 odstavce 1 s uvedením napadených území a přijatých opatření v boji proti nim, a
- b) neprodleně sdělovat každý výskyt zvlášť škodlivých činitelů uvedených v seznamu podle článku 2 odstavce 1, kteří mají z hlediska škod zvláštní význam, a hromadný výskyt dalších škodlivých činitelů, pokud k jejich výskytu dojde v hraničním území.

(2) Die zuständigen Behörden informieren einander über alle vorgesehenen Bekämpfungsmaßnahmen gegen die in der Liste gemäß Art. 2 Abs. 1 genannten besonders gefährlichen Schadfaktoren, die im Grenzgebiet durchgeführt werden, sowie über die anzuwendenden Mittel und über die Anwendungstechnik. Das gilt nicht für übliche Pflanzenschutzmaßnahmen, die die Kulturen in dem Gebiet der anderen Vertragspartei nicht beeinträchtigen können.

Artikel 7

Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes insbesondere durch

- a) den Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Forschung und der praktischen Methoden des Pflanzenschutzes;
- b) den kostenlosen Austausch von Fachinformationen auf dem Gebiete des Pflanzenschutzes;
- c) den Austausch von Experten entsprechend den im Art. 8 zitierten Arbeitsplänen.

Artikel 8

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbaren, entsprechend dem Bedarf, abwechselnd in einem der Staaten der Vertragsparteien gemeinsame Beratungen von Experten auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes

- a) zum Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Zusammenarbeit im Sinne dieses Abkommens und
- b) zur gemeinsamen Erarbeitung von Arbeitsplänen mit einer Geltungsdauer von jeweils 5 Jahren vorzunehmen. In diesen Arbeitsplänen sind unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Ausgewogenheit und des gegenseitigen Nutzens nähere Vereinbarungen über den Austausch von Experten festzulegen.

(2) Die Kosten, die mit dem Aufenthalt der zu gemeinsamen Beratungen entsendeten Experten zusammenhängen, werden von jener Vertragspartei getragen, die die Entsendung vornimmt.

(3) Im Falle des Austausches von Experten trägt die entsendende Vertragspartei die Kosten für die Hin- und Rückreise. Die empfangende Vertragspartei trägt die Aufenthaltskosten einschließlich der Fahrtkosten für die mit dem Zweck des Aufenthaltes verbundenen Reisen innerhalb des Gastlandes auf der Grundlage der Reziprozität und entsprechend den geltenden innerstaatlichen Vorschriften.

Artikel 9

(1) Bei Kalamitätsvorkommen von Schadfaktoren im Grenzgebiet koordinieren die zuständigen Behörden der Vertragsparteien ihre Bekämpfungs-

(2) Příslušné orgány smluvních stran se budou vzájemně informovat o všech připravovaných opatřeních v boji proti zvláště škodlivým činitelům uvedeným v seznamu podle článku 2 odstavce 1, jež budou prováděna v hraničním území, jakož i o použitých prostředcích a aplikační technice. Toto neplatí u obvyklých rostlinolékařských opatřeních, která se nemohou dotknout porostů na území státu druhé smluvní strany.

Článek 7

Smluvní strany budou podporovat spolupráci na úseku ochrany rostlin především

- a) výměnou poznatků a zkušeností na úseku vědeckého výzkumu a praktických metod ochrany rostlin,
- b) bezplatnou výměnou odborných informací z úseku ochrany rostlin,
- c) výměnou odborníků podle pracovních plánů uvedených v článku 8.

Článek 8

(1) Příslušné orgány smluvních stran se podle potřeby dohodnou na konání společných porad odborníků ochrany rostlin střídavě na územích svých států

- a) k výměně informací a zkušeností ze spolupráce ve smyslu této dohody a
- b) k společnému vypracování pětiletých pracovních plánů, v nichž budou na základě zásady vzájemnosti a oboustranného prospěchu konkretizována bližší ujednání o výměně odborníků.

(2) Náklady spojené s pobytem odborníků, vysílaných k společným poradám, budou hrazeny vysílající smluvní stranou.

(3) V případě výměny odborníků hradí vysílající smluvní strana náklady na cestu tam a zpět. Přijímající smluvní strana hradí na základě reciprocity a podle platných vnitrostátních předpisů náklady na pobyt, včetně jízdného uvnitř hostitelské země při cestách spojených s účelem pobytu.

Článek 9

(1) Při kalamitním výskytu škodlivých činitelů v hraničním území budou příslušné orgány smluvních stran koordinovat svá opatření v boji proti škodli-

maßnahmen und leisten einander entsprechend ihren Möglichkeiten technische und fachliche Hilfe.

(2) Zur Durchführung der im Abs. 1 festgelegten Bestimmung werden nach Bedarf gemischte Kommissionen gebildet. Sie setzen sich aus Vertretern beider Vertragsparteien paritätisch zusammen und empfehlen einvernehmlich den Umfang und die Methoden der Bekämpfungsmaßnahmen.

(3) Die Einberufung der Kommission erfolgt durch einen Vertreter der Vertragspartei, auf deren Gebiet die Katastrophe zuerst aufgetreten ist. Dieser führt auch den Vorsitz in der Kommission.

vým činitelům a poskytovat si podle svých možností technickou a odbornou pomoc.

(2) Za účelem provádění opatření uvedených v odstavci 1, se podle potřeby budou vytvářet smíšené komise. Budou se skládat ze zástupců obou smluvních stran na základě paritního složení a doporučovat po vzájemné dohodě rozsah a metody opatření v boji proti škodlivým činitelům.

(3) Komisi svolává zástupce příslušné smluvní strany, na jejímž území došlo dříve k výskytu kalamity. Tento předsedá komisi.

Artikel 10

Die Feststellung von Schäden, die durch Einwirkung oder infolge von Pflanzenschutzmaßnahmen der Vertragsparteien im Grenzgebiet entstehen, erfolgt gemäß den Bestimmungen des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 21. Dezember 1973 über das Verfahren zur Untersuchung von Vorfällen an der gemeinsamen Staatsgrenze.

Artikel 11

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können in allen Fragen der Zusammenarbeit im Sinne dieses Abkommens miteinander in direktem Kontakt stehen.

Artikel 12

Streitfragen, die hinsichtlich der Auslegung oder der Anwendung dieses Abkommens zwischen den Vertragsparteien entstehen könnten, werden auf diplomatischem Wege beigelegt.

Artikel 13

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Tschechoslowakischen Regierung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Pflanzenschutzes vom 30. März 1950 *) außer Kraft.

Artikel 14

Dieses Abkommen bleibt 5 Jahre in Geltung. Seine Geltungsdauer verlängert sich um jeweils weitere 5 Jahre, wenn es nicht spätestens ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Weg gekündigt wurde.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 108/1950

Článek 10

Zjišťování škod, které vznikají působením nebo v důsledku opatření k ochraně rostlin smluvními stranami v hraničním území se bude řešit ustanovení Smlouvy mezi Rakouskou republikou a Československou socialistickou republikou o postupu při šetření událostí na společných státních hranicích z 21. prosince 1973.

Článek 11

Příslušné orgány smluvních stran mohou v otázkách, týkajících se spolupráce ve smyslu této dohody, být v přímém styku.

Článek 12

Sporné otázky, které by mohly mezi smluvními stranami vzniknout při výkladu nebo provádění této dohody, budou řešeny diplomatickou cestou.

Článek 13

Dnem vstupu této dohody v platnost pozbývá platnosti Dohoda mezi rakouskou spolkovou vládou a československou vládou o spolupráci v oboru ochrany rostlin ze dne 30. března 1950.

Článek 14

Tato dohoda se uzavírá na dobu 5 let. Její platnost se prodlužuje vždy o dalších 5 let, pokud ji některá smluvní strana nevypraví nejpozději 1 rok před uplynutím této lhůty, písemně, diplomatickou cestou.

Artikel 15

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Wege die Erfüllung ihrer innerstaatlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten dieses Abkommens mitgeteilt haben.

Geschehen zu Prag am 30. September 1985 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Haiden m. p.

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik:

Toman m. p.

Článek 15

Tato dohoda vstupuje v platnost prvního dne třetího měsíce, jenž následuje po měsíci, v němž si smluvní strany diplomatickou cestou vzájemně sdělily, že byly splněny jejich vnitrostátní požadavky pro její vstup v platnost.

Dáno v Praze dne 30. září 1985 ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou republiku:

Haiden m. p.

Za Československou socialistickou republiku:

Toman m. p.

Die Mitteilungen gemäß Art. 15 des Abkommens wurden am 26. November 1987 bzw. 9. September 1988 abgegeben; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 15 mit 1. Dezember 1988 in Kraft.

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2500 Seiten S 878,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 978,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,70 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 8,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 533 17 81.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.